

Haushalt 2018, Stadtverordnetensitzung am 21-JAN-2018

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Helena Schwaßmann

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

sehr geehrte Damen und Herren,

wie auch in den letzten Jahren durften wir uns über eine gute Haushaltslage freuen. Die hohen Einnahmen aus der Gewerbesteuer erlauben einen ausgeglichenen Haushalt inklusive Schuldenabbau. Und wie auch in den letzten Jahren hat sich die Verwaltung Mühe gegeben, keine aus der guten Situation abgeleitete Begehrlichkeiten bei den Stadtverordneten zu wecken. Es geht uns gut, aber wir schwimmen nicht im Geld, und in Zukunft könnte es auch wieder schlechter aussehen. So weit so vernünftig. Gewohntermaßen fallen uns für jeden Euro mindestens 3 Möglichkeiten ein, ihn auszugeben, alle mit Berechtigung, alle sinnvoll. Die Beurteilung des Haushalts und der zugehörigen Anträge bleiben folglich ebenfalls gewohntermaßen hauptsächlich eine Abwägung von Prioritäten.

Zu diesem Zweck haben sich in diesem Jahr zum ersten Mal die Parteien darauf geeinigt, ihre Haushaltsanträge frühzeitig vorzulegen, damit sie mit der gebührenden Sorgfalt gelesen und besprochen werden können. Dabei hat sich gezeigt, dass einige Ideen von mehreren Seiten kamen und nun gemeinsam beantragt werden können. Der gemeinsame Antrag für den Erhalt der Stelle unserer Integrationsbeauftragten ist ein gutes Beispiel dafür. Wir wünschen uns, dass sich dieses Vorgehen in den kommenden Jahren etabliert. Dass eine gute Idee umgesetzt wird ist allemal wichtiger, als dass man sich dafür feiern lassen kann, dass sie einem zuerst einfiel.

Der Verwaltung selbst ist in diesem Jahr auch schon einiges eingefallen, wofür man Geld ausgeben könnte. Poller, die die Fußgängerzone für unberechtigt einfahrenden Autos versperren sowie neue Stellen im Bauamt, zur Bearbeitung der Umsatzsteuer im Bereich Finanzen und in der Betreuung der Kitas. Wir befürworten diese Ideen. Als verantwortungsvoller Arbeitgeber, der die Stadt ja sein soll, muss auch darauf geachtet werden, dass nicht immer mehr Arbeit auf die gleiche Anzahl von Angestellten verteilt wird, da dies zu Unzufriedenheit aber auch zu verstärkten krankheitsbedingten Ausfällen führt, unter der die Qualität der geleisteten Arbeit erheblich leiden kann. Zur Fußgängerzone muss man sagen: Höchste Zeit dass die Zufahrt besser geregelt wird; die Fußgängerzone ist zu manchen Tageszeiten nicht mehr wirklich als solche erkennbar. Wir möchten aber, dass das Konzept, ehe es beauftragt und gebaut wird, den Stadtverordneten vorgestellt wird.

Unsere Fraktion hat für den Haushalt 2019 gemeinsame Anträge mit der CDU erarbeitet, in denen sich unsere Prioritäten, dazu gehört ebenfalls der Schutz von Fußgängern, wiederfinden. Weiter gefasst geht es uns um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer, und darum, allen eine gleichberechtigte Nutzung der Infrastruktur zu ermöglichen. Hierzu haben wir zahlreiche Anträge gestellt, die bereits veröffentlicht wurden, daher möchte ich nicht auf jeden einzelnen im Detail eingehen. Erwähnt werden sollten jedoch der Antrag zur

- Aschaffenburg Straße: Hier sollen an mehreren Stellen für Fußgänger geeignete Querungshilfen geschaffen werden, diesen Antrag stellen wir gemeinsam mit CDU und FDP. Über dieses Thema haben wir schon, als es noch um unseren Ampelantrag ging, lange und ausführlich diskutiert; wir hoffen nun endlich die Situation dauerhaft verbessern zu können. Dieser Antrag passt gut zu dem
- Antrag auf Einrichtung zusätzlicher Zebrastreifen an Kreisverkehren, die ebenfalls dem Schutz von Fußgängern dienen und die Herr Exner bereits erwähnte (schätze ich mal, dass er das macht),

- der Antrag zur Fahrradabstellanlage vor der Bücherei: Die Verwaltung sei an dieser Stelle nach ihrer Feststellung, es seien ja bereits solche Anlagen vorhanden, darauf hingewiesen, dass es sich bei den jetzigen Anlagen um einfache Vorderradhalter, sogenannte „Felgenkillern“, handelt. Diese sind zum sicheren Anschließen von Fahrrädern nicht geeignet und werden ihrem Spitznamen leider absolut gerecht. Es ist sehr schade, dass solche Anlagen im Jahr 2018 noch verbaut wurden.
- der Antrag zur Verbesserung der Verkehrssituation für Radfahrer auf dem Weg, der am Fiege-Gelände vorbeiführt. Hierzu gab die Verwaltung den Hinweis, dass sich der Weg nicht im Besitz der Stadt, sondern des Landkreises befindet. Da es sich dabei nicht um eine geprüfte Stellungnahme handelte, möchten wir die Verwaltung bitten, mit Sicherheit festzustellen, wer zuständig ist. Sollte es nicht die Stadt Dieburg sein, möchten wir gerne auf das genannte Angebot eingehen, nämlich dass die Verwaltung dem Landkreis die fahrradfreundliche Absenkung der Bordsteine nahelegt. Außerdem muss in jedem Fall die Ampelschaltung umgestellt werden.
- schließlich der Antrag zu einer weiteren Stelle für einen Ordnungspolizisten (wie unsere Anfrage in 2018 ergeben hat, ist das Risiko in Dieburg beim Falschparken auf Geh- und Radwegen bzw. an Kreuzungen erwischt zu werden zwischen gering und nicht vorhanden, je nach Straße). Das Zustellen von Geh- und Radwegen ist für Menschen im Rollstuhl, mit Rollator oder Kinderwagen ein besonderes Ärgernis. Seit langem wird in Dieburg versucht, zum Beispiel durch das Anbringen von abziehbaren Aufklebern auf die Konsequenzen dieses Verhaltens aufmerksam zu machen, allein geändert hat sich wenig. Fahrradfahrende müssen, um auf den Radwegen oder Schutzstreifen parkenden Autos auszuweichen, gefährliche Schlenker in den fließenden Verkehr machen. Das Parken an Einmündungen schließlich ist für jeden gefährlich. Für den Abbiegenden, der die Vorfahrtstraße nicht einsehen kann, und für alle, die auf der Vorfahrtstraße unterwegs sind und nicht mit einem plötzlichen Hindernis rechnen. Um hier Abhilfe zu schaffen, sehen wir die Einrichtung dieser Stelle als gerechtfertigt an.

Dieburg soll eine Stadt für alle sein, mit Wohnraum für jeden Geldbeutel. Es ist bekannt und wurde den Mitgliedern des Infrastruktur- und Umweltausschusses in der letzten Sitzung noch einmal von fachkundiger Seite bestätigt: Bezahlbarer Wohnraum gehört in jedes Stadtviertel. Wir wollen hierfür ein Konzept erstellen lassen und haben einen entsprechenden Antrag eingereicht. Das klingt zunächst einmal harmlos und ist es für den Haushalt 2019 auch. In Zukunft aber werden wir hier tätig werden müssen. Bezahlbarer Wohnraum im Einzugsgebiet von Frankfurt passiert nicht einfach. Man kann ihn auch nicht in ausreichendem Maße im Bestand finden, man muss ihn bauen. Aber dazu mehr in den nächsten Jahren, wir bleiben dran.

Um die Kultur zu fördern, sind unserer Ansicht nach ebenfalls Investitionen angebracht. So möchten wir gerne Literaturveranstaltungen, die nicht kommerziell ausgerichtet sind, mit einem Unkostenbeitrag unterstützen.

Eine zweiter Schwerpunkt unserer Anträge in diesem Jahr ist der Umwelt- bzw. Artenschutz. Hierzu stellen wir

- den Antrag, Geld für den Ankauf von Ackerflächen für Blühstreifen bereitzustellen: Die intensive landwirtschaftliche Nutzung unter flächendeckender Verwendung von Insektiziden und Düngemitteln ist eine der Hauptursachen für das Artensterben hierzulande. Dem soll mit naturbelassenen Blühstreifen entgegengewirkt werden. Andere Bundesländer haben bereits entsprechende Verordnungen erlassen, Hessen jedoch noch nicht.
- den erneuten Antrag, Flächen für Kleingärten anzukaufen: Er wurde letztes Jahr schon gestellt, es konnten allerdings keine Flächen erworben werden
- und unseren finanziell schwerwiegendsten Antrag, die Kosten der Vorplanungen zur 4. Reinigungsstufe der Kläranlage in den Haushalt einzustellen. Problematisch sind im Abwasser Mikroplastik sowie Rückstände aus Medikamenten. In jedem Beipackzettel steht zwar, dass

Medikamente nicht im Abwasser zu entsorgen seien, um die Umwelt zu schonen, allerdings gilt das nicht für bereits geschluckte Medikamente. Die sind leider zum Teil auch nachdem sie ihren Weg ins Abwasser gefunden haben noch pharmakologisch aktiv. Die Auswirkungen auf Fische und andere Wasserlebewesen sind messbar und beunruhigend. Wir dürfen nicht abwarten, bis die entsprechenden Gesetze erlassen werden, wir sollten schon jetzt die Gewässerbelastung reduzieren.

Einige der Maßnahmen, die wir beschließen, werden erfahrungsgemäß nicht sofort oder nicht im geplanten Umfang durchgeführt. Falls sich trotzdem herausstellen sollte, dass die zur Verfügung stehenden Mittel im Haushalt nicht ausreichen, wäre es unserer Ansicht nach vertretbar, wenn die Rückzahlung der Schulden etwas geringer ausfiele als im Haushalt vorgesehen.

Langfristiges Planen und Handeln ist das Gebot. In 30 Jahren wird uns niemand dafür loben, dass wir im Jahr 2019 den Schuldenabbau etwas schneller vorangetrieben haben als es vielleicht andere Kommunen getan haben, sollten sie dazu überhaupt in der Lage sein. In 30 Jahren wird man aber sehr wohl darauf blicken und beurteilen, wie wir uns den Herausforderungen unserer Zeit gestellt haben. Die Probleme, die wir heute anpacken, werden künftige Generationen nicht belasten. Warten lohnt sich hier nicht. Wenn wir heute schon im Kleinen für eine erfolgreiche zukunftsorientierte Verkehrsplanung eintreten, zukunftsfähige Stadtteile bauen, unsere Gewässer nicht weiter belasten und aktiv für den Umwelt- und Artenschutz arbeiten, all das bei uns vor der Tür, in dem Bereich, den wir selbst beeinflussen können, dann wird sich eine positive Wirkung entfalten, von der wir auch in vielen Jahren noch werden profitieren können. Vor allem wenn andere genau so agieren.

Man könnte annehmen, dass das Handeln einer kleinen Stadt nicht wichtig ist. Dass es keine Rolle spielt, wie wir bauen, uns fortbewegen, uns um die Natur kümmern. Wahr ist aber, dass eine solche Denkweise Teil des Problems ist. Anstatt Verantwortung auf andere abzuwälzen, ist die stetige Frage „Was können wir tun, jetzt, hier in Dieburg?“ der bessere Ansatz.

GRÜNE Anträge für Investitionen in die Zukunft

Jugendförderung, Naturschutz, Verkehrssicherheit und die Attraktivität der Innenstadt sind die Hauptaugenmerke, auf die sich die Anträge der GRÜNEN Fraktion im Dieburger Stadtparlament zum Haushaltsentwurf 2022 ausrichten.

Konkret fordern sie, die Einsparungsvorschläge der Verwaltung im Bereich der Jugendförderung zu stoppen und die Angebote für Kinder und Jugendliche, die unter den schwierigen Coronabedingungen mit vielen Einschränkungen konfrontiert sind, nicht zu kürzen.

Für die Umsetzung des bereits beantragten Vorhabens, einen Lückenschluss im Auenverbund entlang der Gersprenz herzustellen, sollen Planungsleistungen beauftragt werden und die erforderlichen Mittel dafür bereitgestellt werden.

Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden ist der Schwerpunkt in weiteren Anträgen fürs laufende Jahr:

So wollen die GRÜNEN Mittel bereitstellen für die Machkarkeitsprüfung einer Fuß- und Radverkehrsquerung über die Groß-Umstädter Straße, die sichere Herstellung des Verbindungsweges zum Forst, für die Ertüchtigung des Fahrweges vom Reiterhof nach Münster und für den Ausbau des Messeler Weges vom Ortsrand bis zum Reiterhof und der anschließenden Verlängerung des Waldweges bis nach Messel.

Die Attraktivität der Innenstadt für Besucher*innen soll durch die Etablierung einer autonomen Lauschtour-App gefördert werden. Mit einem vergleichsweise geringen finanziellen Aufwand soll ein Format geschaffen werden, mit dem sich Besucher*innen wie Dieburger*innen selbst auf einem Rundweg an besonders markanten Orten per autonomer App über die Geschichte und Geschichten der Stadt informieren können.

„All dies sind für uns Investitionen in die Zukunft und keine Luftschlösser“, so die GRÜNEN zusammenfassend zu ihren Vorschlägen. „Dafür werden wir um Unterstützung in der

Stadtverordnetenversammlung werben und uns mit den Anträgen der anderen Fraktionen auf der gleichen Basis auseinandersetzen“.

Zur Finanzierung der Projekte schlagen die GRÜNEN vor, die entsprechenden Mittel der Rücklage zu entnehmen, da diese in schöner Regelmäßigkeit in den letzten Jahren angewachsen ist, zuletzt laut vorläufigem Jahresabschluss 2020 um 3 Mio. Euro.

Unsere Anträge und die Rede zum Haushalt 2022.